# EU-Einsparungspotenzial von 37 Milliarden Euro nicht mit Verwaltungsreformen gleichsetzen

Wien, 28. Oktober 2026. Die Europäische Kommission weist in ihrem „Report on Public Finances in EMU 2026“ für Österreich ein theoretisches fiskalisches Einsparungspotenzial von rund 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Das entspricht etwa 37 Milliarden Euro jährlich. KDZ-Geschäftsführer Thomas Prorok betont, dass diese Summe nicht mit möglichen Einsparungen durch Verwaltungs- und Strukturreformen gleichgesetzt werden darf. Ein Vergleich mit dem „European Public Administration Report“ des KDZ zeigt, warum öffentliche Ausgaben, Verwaltungseffizienz und die Wirkung staatlicher Leistungen differenziert betrachtet werden müssen.

**EU-Berechnung erfasst mehr als Verwaltungskosten**

Die Europäische Kommission vergleicht öffentliche Ausgaben mit ausgewählten Leistungs- und Ergebnisindikatoren. Daraus berechnet sie unter Berücksichtigung länderspezifischer Rahmenbedingungen theoretische Einsparungspotenziale. Die größten rechnerischen Potenziale für Österreich liegen bei Sozialausgaben einschließlich Pensionen und Transferleistungen, Gesundheit sowie wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Diese Ausgaben hängen wesentlich davon ab, welche Leistungen der Staat bereitstellt und wie sie finanziert werden. Niedrigere Pensionsansprüche oder eine Verlagerung von Gesundheitskosten auf private Haushalte können beispielsweise die öffentlichen Ausgaben senken, ohne die Verwaltung effizienter zu machen. Auch Unterschiede bei der Zuordnung von Leistungen zum staatlichen oder privaten Sektor beeinflussen den Vergleich.

**Österreich: Reformpotenziale bei vergleichsweise guter Verwaltungswirksamkeit**

Der „European Public Administration Report“ des KDZ untersucht die Personal- und laufenden Sachkosten des Staates sowie die Verwaltungswirksamkeit. Die gesamten staatlichen Personal- und laufenden Sachausgaben über alle Aufgabenbereiche hinweg (inkl. Bildung, Gesundheit und Sicherheit) liegen in Österreich bei 18,3 Prozent des BIP, gegenüber 16,3 Prozent im EU-Durchschnitt. Die Differenz von zwei Prozentpunkten entspricht rechnerisch rund 10 Milliarden Euro jährlich.

Auch bei der Kernverwaltung liegen die Kosten mit 2,9 Prozent des BIP – rund 14,5 Milliarden Euro jährlich – über dem EU-Durchschnitt von 2,3 Prozent. Die Differenz entspricht rechnerisch rund 3 Milliarden Euro.

Die beiden Vergleichswerte von 3 bis 10 Milliarden Euro können als Anhaltspunkte für die Größenordnung möglicher Effizienzspielräume in Verwaltung und staatlichen Strukturen dienen.

Zugleich erreicht Österreich beim Weltbank-Indikator „Government Effectiveness“ eine vergleichsweise gute Verwaltungswirksamkeit. Höhere Kosten allein belegen daher keine unwirksame staatliche Leistungserbringung.

**Reformen an Zuständigkeiten und Prozessen ausrichten**

Das KDZ sieht wesentliche Ansatzpunkte für Reformen in klareren Zuständigkeiten, weniger Doppelgleisigkeiten, gemeinsamen digitalen Prozessen und einer besseren Abstimmung von

Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung. Solche Veränderungen können die Effizienz steigern, ohne das öffentliche Leistungsangebot einzuschränken.

„Für die Bewertung von Reformen ist deshalb neben möglichen Einsparungen entscheidend, welche Qualität und Wirkung mit den eingesetzten Mitteln erreicht wird. Die rechnerischen Einsparungspotenziale der EU-Kommission ersetzen keine konkrete Analyse von Aufgaben, Strukturen und Leistungen“, so Thomas Prorok abschließend.

--

Das KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung ist Kompetenzzentrum und Wissensplattform für Public Management Consulting, Europäische Governance & Städtepolitik, Öffentliche Finanzen und Föderalismus und Weiterbildung. Wir wollen eine nachhaltige Modernisierung des öffentlichen Sektors und bieten als gemeinnütziger Verein Forschung, Beratung und Weiterbildung für die öffentliche Verwaltung. Mehr Informationen zum KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung finden Sie unter www.kdz.or.at, auf Facebook unter https://www.facebook.com/KDZ.or.at/, Bluesky @kdzaustria.bsky.social oder LinkedIN unter http://www.linkedin.com/company/kdz.

## Rückfragen

Siegfried Fritz, Bakk. MSc
KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung
fritz@kdz.or.at
M: +43 676 84957917
www.kdz.or.at